

Antrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Norbert Müller (Potsdam), Caren Lay, Sigrid Hupach, Herbert Behrens, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Susanna Karawanskij, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Harald Petzold (Havelland), Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Beteiligung des Bundes am Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Garnisonkirche in Potsdam symbolisiert als einstige Hof- und Militärkirche Preußens die verhängnisvolle preußisch-deutsche Geschichte der Verknüpfung von Staat, Kirche und Militär.

In der Garnisonkirche Potsdam, die auf Anordnung des „Soldatenkönigs“ Friedrich Wilhelm I. von Preußen für die Angehörigen des Hofstaates und der Garnison errichtet wurde und die seither im Dienste der Obrigkeit und des Militärs stand, wurde Krieg als Gottes Wille gepredigt, wurden Soldaten auf Gehorsam bis in den Tod eingeschworen und Waffen gesegnet.

In dieser Kirche wurden die Siege Preußens über Österreich, Dänemark und Frankreich in den Kriegen des 19. Jahrhunderts zur Schau gestellt und glorifiziert. Die Garnisonkirche Potsdam wurde nach 1919 zu einem Wallfahrtsort für die extreme Rechte und hatte nach 1933 eine extrem rechte Gemeinde.

Vor allem aber steht die Garnisonkirche Potsdam seit dem 21. März 1933, den die nationalsozialistische Propaganda als „Tag von Potsdam“ und als Gründungsdatum des „Dritten Reiches“ zelebrierte, für die Besiegelung des Bündnisses von „deutsch-nationaler Reaktion und nationalsozialistischer Revolution“ (Der Tagesspiegel vom 21.03.2013).

Sowohl diese historischen Fakten als auch das von der Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche propagierte Ideologie- und Betriebskonzept führen dazu, dass das Gesamtprojekt in der Potsdamer Stadtgesellschaft (Bürgerbegehren gegen den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche) und auch in christlichen Kreisen (Christen brauchen keine Garnisonkirche) hoch umstritten ist. Der Wiederaufbau ausgerechnet dieses Kirchenbaus ist nicht vergleichbar mit der Wiedererrichtung etwa der Dresdner Frauenkirche und könnte das große friedenspolitische Engagement vieler Kirchengemeinden diskreditieren.

Zudem ist die Finanzierung des Vorhabens hochgradig unsicher und intransparent.

Angesichts des aktuellen Erstarkens rechtsnationaler und neonazistischer Kräfte in Deutschland und in Europa besteht die reale Gefahr, dass sowohl das Datum 21. März als auch der Ort des „Tages von Potsdam“ bewusst missbraucht und für rechtsextreme Kultveranstaltungen genutzt werden.

Eine finanzielle Beteiligung des Bundes an dem Projekt „Wiedererrichtung der Potsdamer Garnisonkirche“ wäre daher nicht nur Verschwendung von Steuergeld, sondern ein völlig falsches politisches Signal.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich nicht finanziell am Gesamtprojekt oder an Teilprojekten zum Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche zu beteiligen,
2. die Inaussichtstellung einer finanziellen Beteiligung durch den Bund zurückzunehmen.

Berlin, den 18. Oktober 2016

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion